

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zlotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberöchl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberöchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 60 Mittwoch, den 17. April 1929 47. Jahrgang

Eine neue Minderheitsdeutsche Schrift Deutschlands

Deutschlands Standpunkt unverändert — Zusammentritt des Dreierausschusses in London

Genf. Die Deutsche Schrift der Reichsregierung in der Minderheitenfrage ist Montag vormittag beim Generalsekretariat des Völkerbundes eingegangen. Die Deutsche Schrift wird vorläufig noch nicht veröffentlicht. Sie dürfte aber von der großen Rede Dr. Stresemanns auf der Märztagung des Völkerbundsrates ausgehen und die in ihr gemachten Vorschläge für den Minderheitenschutz des Völkerbundes in praktischen Anträgen ausbauen.

Weiter haben folgende Regierungen dem Generalsekretär des Völkerbundes in der Minderheitenfrage ihre Deutsche Schriften übermitteln: Oesterreich, Bulgarien, Ungarn, Holland, die Schweiz, Estland, Lettland und Griechenland. Somit haben sämtliche Zentralmächte, die unmittelbar an der Minderheitenfrage interessiert sind, durch den Generalsekretär des Völkerbundsrates ihre Stellungnahme in der Minderheitenfrage nicht teilen lassen.

London. Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Dreierausschuss für die Erstattung eines Berichtes über die Minderheitenfrage wird am 28. April unter Vorsitz Chamberlains in London zusammentreten. Er wird sich vor allen Dingen mit einem Memorandum beschäftigen, das von den Mächten der Kleinen Entente, Polen und Griechenland, dem Sekretariat übergeben wurde. Darüber hinaus wird er sich auch mit dem von den gleichen Mächten vor einigen Wochen bereits dem Völkerbunde das Recht aberkannt, irgendwelche anderen Schritte für eine wirksame Durchführung seiner Garantien der Rechte der Minderheiten zu ergreifen. Dieses erste Memorandum habe unter den Großmächten beträchtliche Verstimmung und Bedauern hervorgerufen. Das nun dem Völkerbundssekretariat übergebene neue Schriftstück wird als Ersatz für das erste angesehen, nachdem sich die Kleine Entente, Polen und Griechenland darüber klar geworden waren, daß die Großmächte nicht gewillt seien, dieser Herausforderung nachzugeben.

Amerikas Antwort

Reparationen und Kriegsschulden sind getrennte Fragen.

Wenport. Staatssekretär Stimson und andere höchste amtliche Washingtoner Kreise umgingen die Anfrage, ob Owen Young und Morgan wegen der zu hohen Forderungen der Reparationsgläubiger mit Washington in Verbindung getreten seien, mit der Erklärung, daß die Washingtoner Regierung an ihrer bisherigen Politik festhalte, wonach die Reparationsfrage einerseits und die Frage der alliierten Kriegsschulden andererseits völlig getrennte Dinge seien. Ebenso ausweichend wird erklärt, daß Präsident Hoover nicht gewillt sei, einer Kürzung der amerikanischen Reparationsanteile zuzustimmen. Der Kern der Anfrage wird also in den amtlichen und halbamtlichen Antworten umgangen. Trotzdem betonen die Meldungen aus Washington, daß die zuständigen Washingtoner Stellen auch weiterhin den Verlauf der Pariser Verhandlungen aufmerksam verfolgen, obwohl die Kongressöffnung normalerweise das Interesse ganz für sich beanspruchen würde. Im Gegensatz zu den halbamtlichen Erklärungen bezeichnen andere unterrichtete Kreise in Washington die tatsächlich erfolgte Fühlungnahme der amerikanischen Sachverständigen in Paris mit der amerikanischen Regierung über die von den Reparationsgläubigern vorgelegten Ziffern in Erfahrung zu bringen. Diese Ziffern würden sowohl von Owen Young als auch in den höchsten amtlichen Washingtoner Kreisen als viel zu hoch angesehen.

Keine Aussicht auf Abrüstung

London glaubt nicht an einen Erfolg

Genf. Der Vorsitzende der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, London, gab am Montag vor den Vertretern der internationalen Presse die Erklärung ab, daß er nicht an einen Erfolg der Arbeiten der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz glaube. Er sei jedoch überzeugt, daß nach diesem neuen Fehlschlag die einzelnen Regierungen sich der Gefahr bewußt würden, die ein Scheitern der Abrüstungsverhandlungen mit sich bringe und daß außerdem der Druck der öffentlichen Meinung, die einzelnen Länder zu festeren Schritten veranlassen würde. Er sei sicher, daß dann innerhalb einiger Monate wirklich tatsächliche Schritte für die Abrüstung durch Vermittelung des Völkerbundes unternommen werden würden.

Die ersten Auseinandersetzungen

Genf. Nach dem wenig günstigen Verlauf der Eröffnungsitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission ist zu erwarten, daß Graf Bernhorst sowohl zu der vom Präsidenten vorgelegten Tagesordnung als auch zu der Eröffnungsrede des Präsidenten Stellung nehmen wird. Man geht

nicht fehl, wenn man für die Dienstagssitzung eine offizielle Geltendmachung der deutschen Forderungen auf unstillen Fortschritt in den Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes erwartet. Vor allem wird dabei von deutscher Seite von neuem dem entgegengetreten werden, daß die Uneinigkeit gewisser Großmächte über Sonderfragen der Abrüstung von gewisser Seite zum Vorwand genommen wird, um nach der einjährigen Pause von neuem die großen Abrüstungsfragen überhaupt nicht zur Verhandlung zu stellen. Man wird daher auf deutscher Seite mit aller Entschiedenheit erklären, daß die Tagung der Kommission nicht abschließen darf, ohne daß die in der Deutsche Schrift der Reichsregierung behandelten Fragen der Beschränkung der ausgebildeten Reserven und des Kriegsmaterials in der Kommission zur Erörterung gelangt sind. Bleibt es bei der vom Präsidenten vorgelegten Tagesordnung, so würde das eigentliche Ziel der Abrüstungskommission, die allgemeine Abrüstungskonferenz vorzubereiten, in keiner Weise erreicht.

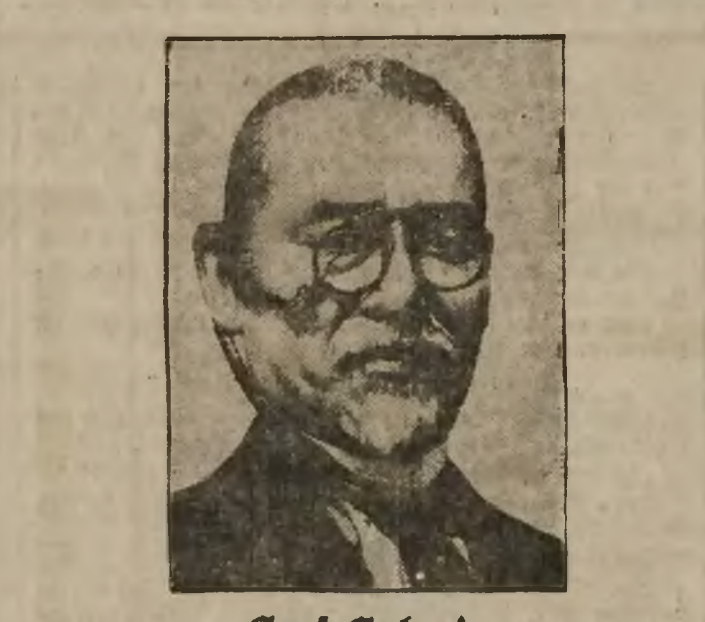
Für Deutschland unannehmbar

Paris. Deutscherseits wird halbamtlich erklärt: Wie wenig ein Teil der französischen Presse den Ernst der Lage innerhalb der Reparationskonferenz erfaßt hat und wie wenig ernst sie die Forderungen, die in der bekannten Deutsche Schrift der vier Gläubigerstaaten enthalten sind, zu nehmen scheint, dafür liefert der „Journale“ heute abends einen Beweis. Mit einer Ironie überschreibt er seinen Bericht über die heutige Vollziehung: „Dr. Schaath hat den Alliierten für die Deutschland gemachten Konzessionen gedankt.“

Diese Feststellung genügt, jedoch muß ausdrücklich nochmals wiederholt werden, daß natürlich die deutschen Delegierten im Laufe der heutigen Sitzung keine Zweifel darüber gelassen haben, daß die in der Deutsche Schrift angelegten Ziffern für Deutschland unannehmbar sind.

Das Befinden des Reichspräsidenten

Berlin. Am Montag waren im Reich wiederum Gerüchte im Umlauf, die von einer sehr ernsten Erkrankung des Reichspräsidenten von Hindenburg wissen wollten. Demgegenüber kann mitgeteilt werden, daß sich der Reichspräsident nach der früher gemeldeten leichten Erkrankung auf dem Wege der Besserung befindet und mit seiner völligen Wiederherstellung in Kürze gerechnet werden kann.



Graf Goto †

Der japanische Staatsmann Graf Schimpei Goto der mehrfach Innenminister war und in dieser Stellung maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung seines Landes hatte, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Die Wiederbelebungsversuche in Paris

Berlin. Zu dem Versuch, die Sachverständigenkonferenz in Paris weiterzuführen, schreibt die „DZ“, wenn sich die deutsche Delegation in vollstem Bewußtsein ihrer großen Verantwortung daran begeben, die Frage zu klären, ob die Vorschläge der Alliierten wirklich noch Spielraum für fruchtbare Verhandlungen lassen, so werde sie sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die deutschen Bemühen dazu benutzt werden könnten, eine Situation, für die die Alliierten allein verantwortlich seien, zu verschleppen, daß schließlich die Last der Verantwortung nicht mehr allein auf den Schultern der Alliierten ruhe, sondern zum Teil wenigstens auf die deutschen Schultern abgewälzt werde. Die Germania stellt fest, daß die Lage der Konferenz gespannt bleibe. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem neuen Verschleppungsversuch in Paris.

Der „Totalanzeiger“ bezeichnet es als einen Erfolg des deutschen Festhaltens, daß das Memorandum der Alliierten morgen oder übermorgen ein ehrenvolles Begräbnis bekomme. Das „Berliner Tageblatt“ sagt, es sei heute noch so fraglich, wie in den kritischsten Stunden der letzten Tage, ob überhaupt eine Aussicht bestehe, die ungeheure Kluft zwischen Gläubigerforderung und deutscher Leistungsfähigkeit zu überbrücken.

Auch die „Bosnische Zeitung“ stellt fest, daß es sehr gewagt wäre, sich erneut einem schrankenlosen Optimismus hinzugeben, obwohl sich die Aussprache am Montag in einer wesentlich konzilianteren Form abgepielt habe, als man nach der Zuspitzung in den letzten Tagen hätte erwarten können.

Aman Allahs Marsch auf Kabul

Konno. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Truppen Aman Allahs größere Erfolge zu verzeichnen. Die Kavallerie besetzte die Stadt Ghajni. Von hier rücken die Truppen Aman Allahs in zwei Richtungen auf Kabul vor. Die militärische Abteilung soll die Stadt Sachedabad und die westliche Autschakhan besetzen. Der König ist in Ghajni eingetroffen.

Die Kommunisten im englischen Wahlkampf

Eine offizielle Erklärung der kommunistischen Partei Großbritanniens teilt mit, daß 3 kommunistische Kandidaten bei den allgemeinen Wahlen aufgestellt werden. Die Kommunisten werden verschiedene Führer der Arbeiterpartei und Mitglieder der ersten Arbeiterregierung bekämpfen, so J. R. Macdonald, J. R. Clynes, R. Hartsorn, W. Adamson und Margaret Bondfield. Als kommunistische Gegenkandidaten sind ausgerufen: S. Pollitt, J. Baughan, J. R. Campbell, W. Gallacher und W. Hannington. Gegen den derzeitigen Vorsitzenden der Britischen Arbeiterpartei, S. Morrison, wird als kommunistischer Kandidat J. T. Murphy aufgestellt.

Anschlag auf den Vizekönig von Indien?

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Delhi wurde auf den Sonderzug, in dem am Sonnabend der Vizekönig von Indien und seine Gemahlin von Delhi nach Dehra Run reisten, ein Anschlag verübt. Ein Bahnangestellter entdeckte, daß eine Eisenbahnbrücke in einer abgelegenen Gegend, die der Zug passieren mußte, in Flammen stand. Der Zug des Vizekönigs konnte rechtzeitig angehalten werden.

Kriegsende in Mexiko?

London. Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß nach den ihr vorliegenden Berichten die revolutionäre Bewegung bis auf den Staat Sonora vollkommen unterdrückt sei. Auch in Sonora sei die Lage der Aufständischen verzweifelt, denn der mexikanische Generalkommandant in Nogales habe die Regierung in Mexiko verständigt, daß fünf bis sechs tausend Mann der Aufständischen-Truppen unter dem Befehl von General Rabbate ihren Übergang angeboten hätten, unter der Bedingung, daß das Leben Rababates und seiner Offiziere und Mannschaften gesichert werde. Der mexikanische Präsident erwidert, daß nur eine bedingungslose Übergabe in Frage kommen könnte.

Rücktritt des japanischen Kriegsministers

Tokio. Kriegsminister Shirakawa hat am Montag sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Rücktritt ist auf die Unzufriedenheit Shirakawas mit dem Abschluß des letzten Abkommens zwischen Japan und China über die Beilegung der Pananfuwischenfälle zurückzuführen.

